

Zuletzt aktualisiert: 19.06.2012 um 15:20 Uhr

E-Government-Ausbau: Sparpotenzial von 250 Mio. Euro

Bei einer zunehmenden Umsetzung von E-Government-Lösungen lassen sich bis 2017 in Österreich rund 250 Mio. Euro einsparen, so Experten beim Pressegespräch im Rahmen der von der Arbeitsgemeinschaft für Datenverarbeitung organisierten zweitägigen "E-Government 2012"-Konferenz am Dienstag in Graz.



Foto © Lincoln Roger- Fotolia.com

Der rechtliche Rahmen ist das Konsolidierungsgesetz zur Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), das Ende April 2012 in Kraft trat. Einsparungen könnten u.a. über die Schaffung verbindlicher Standards in den Ministerien, gemeinsame Beschaffung und Schulung lukriert werden. Bei der Konferenz wurden von heimischen Experten aus Verwaltung und Wirtschaft die neuesten IKT-Trends zu Themen von Social Media und Apps über Online-Services für Bürger und Open Government Data bis hinzu zur "dualen Zustellung" (kombinierte elektronische und postalische Zustellung behördlicher Dokumente) vorgestellt. Die über 250 Konferenzteilnehmer kommen laut Joachim Seidler, Generalsekretär des Konferenzorganisations Arbeitsgemeinschaft für Datenverarbeitung (ADV), aus Bundes- und Länderdienststellen, Ministerien, Gemeinden, der öffentlichen Hand nahen Betrieben und der Wirtschaft.

Laut Roland Ledinger, Leiter der IKT-Strategie des Bundes im Bundeskanzleramt, und Gerhard Popp, Leiter der IT-Sektion des Bundesministeriums für Finanzen, ist mit dem IKT Konsolidierungsgesetz ein wichtiger Schritt zur effizienten Nutzung von IKT Services

geschaffen worden. Als Zielvorgabe gilt es, durch Effizienzsteigerung Einsparungen zu erzielen. "Wenn jedes Ministerium seine eigene duale Zustellung organisiert, ist das aufwendiger als ein implementiertes System für alle Stellen", so Ledinger zur APA. Dabei gehe es u.a. um das Kostenmanagement für Software-Lizenzen. Zentralisiertes Service spiele u.a. bei den Betriebskosten eine Rolle. Diese Lösungen und Erfahrung von Ministerien und nachgeordneten Dienststellen ließen sich auch für Länder und Gemeinden nutzen.

In der Gastgeberstadt Graz ist man übrigens bereits relativ weit: Über das Open Government Data Portal der Stadt stehen seit Montag allen Bürgern Daten der Grazer Stadtverwaltung zur freien Nutzung, Weiterverarbeitung und -verwendung zur Verfügung, so Friedrich Steinbrucker, Geschäftsführer der Informationstechnik Graz (ITG).

Der gemeinnützige Verein ADV ist seit mehr als fünfzig Jahren Anlaufstelle für die Kommunikation zwischen Interessenten und Fachleuten der Informationsverarbeitung und Info-Plattform der österreichischen EDV-Landschaft. Die E-Government-Konferenz - mittlerweile die zehnte - findet jedes Jahr in einem anderen Bundesland statt.

Quelle: APA